

Abg. Hartmann gab zu bedenken, dass Hinweise aus anderen Kommunen vorlägen, die auf steigende Sozialausgaben im Jahr 2014, z. B. für die Grundsicherung im Alter sowie für die Bildungs- und Teilhabepakete, hindeuteten. Zum anderen verwies er auf laufende Antragsverfahren für Sozialprojekte, die auch zu Mehraufwendungen führten. Folglich spreche er sich gegen die Verwendung frei werdender Mittel zur Gesamtdeckung des Haushalts aus.

Abg. Cáceres Ayllón signalisierte Zustimmung zu den Ausführungen des Abg. Hartmann und forderte, die 2,4 Mio.€ zweckgebunden für Projekte im Sozialbereich zu verwenden.

Abg. Dr. Bieber sprach sich gegen die pauschale Freigabe der Mittel zur ausschließlichen Verwendung im Sozialetat aus, da der Jahresabschluss 2013 noch offen sei und die Mittel im Rahmen der Gesamtdeckung des Haushalts zur Deckung von Mehraufwendungen benötigt würden. Unabhängig davon könnten jederzeit Anträge zur Förderung von Projekten gestellt werden, sofern diese zielgerichtet und konkret seien. Hierüber sei dann separat zu beraten.

Abg. Steiner schloss sich den Ausführungen des Abg. Dr. Bieber an und zeigte sich offen für Anträge aus dem Sozialausschuss.

Abg. Hartmann führte beispielhaft das Projekt SONORIS an, woran sich der Rhein-Sieg-Kreis bereits beteilige und was einen Finanzbedarf von rd. 50 T€ aufweise. Er schlug vor, diese Kosten durch die Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets zu decken.

Abg. Dr. Bieber erinnerte daran, dass die Verwaltung im Sozialausschuss die Vorlage zu dem Projekt SONORIS zurückgezogen habe. Offensichtlich bedurften auch noch Fragen der Gegenfinanzierung einer näheren Prüfung durch die Verwaltung. Sollte das Projekt erneut zur Beratung vorgelegt werden, könne die Beratung zu diesem Projekt unabhängig von den frei werdenden Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket fortgeführt werden. Sofern zukünftig weitere Vorschläge zu konkreten und nachhaltigen Projekten angeregt werden sollten, sei man - wie in der Vergangenheit auch - zu einer ergebnisoffenen Prüfung im Finanzausschuss bereit.

Abg. Hartmann erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden.

Der Vorsitzende stellte das Einvernehmen des Finanzausschusses zu der vorgeschlagenen Vorgehensweise fest.